

Zeitschrift: Wasser- und Energiewirtschaft = Cours d'eau et énergie
Herausgeber: Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband
Band: 65 (1973)
Heft: 1-2

Artikel: Die Uno-Umweltschutzkonferenz in Stockholm : eine Übersicht
Autor: Dumuld, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-921123>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kernenergiebasis vollständig, genauso wie die Verschmutzung unserer Lebenselemente Luft und Wasser. Im Gegensatz zur Anhäufung chemischer Giftstoffe, die oft erst anhand schlimmer Spätfolgen feststellbar und lokalisierbar ist, lässt sich Radioaktivität schon in der geringsten, noch absolut gefahrlosen Dosierung messen und mithin lückenlos überwachen. Dieser Umstand ermöglicht es, präzise gesetzliche Sicherheitsnormen bezüglich des Strahlenschutzes aufzustellen und deren strikte Befolgung im einzelnen genauestens zu überwachen. An internationalen Massstäben gemessen leistet die Schweiz in Sachen Strahlenschutzgesetzgebung und Ueberwachung richtungweisende Arbeit.

Schliesslich kommt als entscheidendes wirtschaftspolitisches Kriterium die Unabhängigkeit von kurz- und mittelfristigen Störungen in der Einfuhr von Energieträgern hinzu, der sich die auf der einheimischen Wasserkraft und auf dem in mehreren Jahresbedarfsmengen leicht lagerfähigen Kernspaltstoff fussende Stromerzeugung erfreut. Die Elektrizität ist daher nicht nur die sauberste und mithin unsere Umwelt gesamthaft am wenigsten beeinflussende Energieform, sondern auch die verlässlichste Säule der schweizerischen Energiewirtschaft.

3. Dass sich im klassischen Land der weissen Kohle die Agitation gegen die Elektrizitätswirtschaft eines gewissen Erfolges erfreuen kann, wurde durch die stadtzürcherische Volksabstimmung vom 2./3. Dezember 1972 erneut belegt, indem die Vorlage für die Beteiligung an der AG für Kernenergiebeteiligungen nur von rund 76 000 Stimmbürgern gutgeheissen wurde, während 62 000 dagegen votierten und 20 000 leer einlegten. Nachdem es nicht um den Bau eines Kernkraftwerkes in der Schweiz, sondern um die Partizipation an zwei weitab von Zürich in der Nähe von Lyon im Bau stehenden Kernanlagen ging, können für einmal keine ökologischen Gründe für die magere Zustimmung namhaft gemacht werden. Vielmehr verrät dieses Ergebnis eine gegen die Wirtschaft schlechthin gerichtete — wie es die NZZ in ihrer Nr. 569 vom 5. 12. 72 nennt — Kahlschlagmentalität, die unser Volk soweit zu verunsichern droht, dass das schon vor Jahresfrist in der vorerwähnten Zeitung beschworene ökologische Eigengoal eines Tages tatsächlich geschossen werden könnte.

Adresse des Verfassers:
W. Pfeiffer, lic. oec.
Dorfstrasse 42, 5432 Neuenhof AG

DIE UNO-UMWELTSCHUTZKONFERENZ IN STOCKHOLM — EINE ÜBERSICHT

Paul Dumuid

DK 614.7

In der Zeit vom 5. bis 16. Juni 1972 fand in Stockholm die erste UNO-Umweltschutzkonferenz statt unter dem anspruchsvollen Motto: «Nur eine Erde». 113 Nationen nahmen daran teil. Die Ergebnisse dieser Konferenz wurden in Presse, Radio und Fernsehen sehr unterschiedlich beurteilt. So war auf der einen Seite der Vorwurf zu hören, die offizielle Konferenz sei an der Oberfläche der Umweltschutzfragen haften geblieben und hätte die einmalige Gelegenheit verpasst, die dringlichsten Aufgaben auf dem Gebiete des Umweltschutzes im Weltrahmen zu lösen. Nur in inoffiziellen Kreisen am Rande der Konferenz habe ein echtes Umweltschutzbewusstsein geherrscht. Erst eine neue Generation werde offenbar in der Lage sein, dem Umweltschutz zu genügen. Ein positives Echo fand dagegen die Konferenz in jenen Kreisen, die sich der überaus grossen Schwierigkeiten bewusst sind, überhaupt ein so komplexes Sachgebiet, wie es der Umweltschutz verkörpert, im Kreise von fast allen Nationen der Welt mit allen ihren bekannten Unterschieden erstmals zur Sprache zu bringen. Ihnen war es daher verständlich, dass diese Konferenz bestenfalls zu den von ihr erzielten Ergebnissen gelangen konnte.

Für den Leser dieser Zeitschrift seien hier kurz einige unmittelbare Ergebnisse allgemeiner erwähnt, die ihn interessieren dürften. Anschliessend sei eine kurze Bewertung der Konferenz in der Sicht des Verfassers dieser Zeilen, welcher der Schweizer Delegation als Experte angehörte, vorgenommen.

Allgemeine Struktur der Konferenz

Die Konferenz setzte sich zum Ziele, die praktische Tätigkeit der Regierungen und der internationalen Orga-

nisationen auf dem Gebiete des Umweltschutzes zu fördern; sie orientierte über Massnahmen, die geeignet sind, die natürliche Umwelt des Menschen zu schützen und zu verbessern und Umweltschäden durch internationale Zusammenarbeit zu beheben oder zu verhindern.

Man ging von der Idee aus, eine Umweltpolitik habe sich auf die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung auszurichten, unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer.

Die Arbeiten fanden einerseits im Plenum, andererseits in drei Kommissionen statt, die sich hauptsächlich mit folgenden Themen befassten:

- Planung und Organisation menschlicher Siedlungen, im Hinblick auf die Erhaltung der Umwelt;
- Nutzung der Naturvorkommen im Hinblick auf die Umwelt;
- Bestimmung der umweltschädigenden Stoffe auf internationaler Ebene und deren Bekämpfung;
- Erzieherische, gesellschaftliche und kulturelle Aspekte der Umweltprobleme, Informationsfragen;
- Entwicklung und Umwelt;
- Organisation internationaler Aktionsprogramme.

Die Diskussion über diese Probleme war angeregt, da sich in den Ansichten der Industrieländer und der Entwicklungsländer Unterschiede bemerkbar machten. Für letztere wird das Problem der Umwelt durch die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wachstums — die Voraussetzung für die Beseitigung von Armut und Hunger — bestimmt sowie durch das Problem der ungeordneten Verstädterung, welche sich im Wohnungsmangel und in den unzureichenden sanitären Bedingungen äussert.

Mitwirkung der Schweiz

Die 16 Mitglieder umfassende schweizerische Delegation stand unter der Leitung von Bundesrat H. P. Tschudi; sie setzte sich zusammen aus Vertretern der Bundesverwaltung, der Eidg. Technischen Hochschulen, des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung sowie der Industriekreise, welche besondere Verpflichtungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes zu erfüllen haben.

Die schweizerische Delegation setzte sich bei diesen Auseinandersetzungen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit ein, die sie durch entsprechende Vorschläge zum Ausdruck brachte. Die von Bundesrat Tschudi unterbreitete schweizerische Deklaration enthielt im wesentlichen folgende Punkte:

- Bereitschaft zu einer verstärkten Zusammenarbeit unseres Landes mit den internationalen Organismen auf dem Gebiete der Umweltforschung und der Ueberwachung der Qualität von Luft, Wasser und Erde;
- Grundsätzliche Zustimmung zur Beteiligung am «Umweltschutz-Fonds» der Vereinten Nationen;
- Zustimmung zur Weiterführung der beschlossenen Unterstützung der Entwicklungsländer, trotz der auf nationaler Ebene erforderlichen finanziellen Aufwendungen für den Umweltschutz;
- Solidarität der Schweiz mit der «Deklaration über die Umwelt», obwohl bestimmte Aenderungen als erwünscht erschienen wären.

Verschiedene Empfehlungen der Konferenz in Stockholm können als Anhaltspunkte für unsere zukünftige Gesetzgebung auf dem Gebiete des Umweltschutzes, insbesondere für die Bekämpfung der Luftverunreinigungen und anderer umweltschädigender Einflüsse, dienen.

Mit der Mitarbeit im neuen Organ, das die internationale Arbeit im Bereiche des Umweltschutzes koordinieren und ihr einen neuen Auftrieb geben soll, wird die Schweiz ihrer Solidarität mit den andern Ländern Ausdruck geben können.

Empfehlungen der Konferenz auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft

In der Vorbereitungsphase der Konferenz wurde unter anderem ein Dokument mit dem Titel «Die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen vom Gesichtspunkt der Umwelt» herausgegeben. Neben Angaben über Landwirtschaft, Forstwesen, Fischerei usw., ist ein Kapitel der Bewirtschaftung des Wassers gewidmet. Es enthält eine Reihe von Empfehlungen, die einerseits auf nationaler und andererseits auf internationaler Ebene ihre Anwendbarkeit finden. In Stockholm wurden allerdings nur diejenigen Empfehlungen besprochen, die internationale Auswirkungen haben können, es ist aber trotzdem interessant, einen Gesamtüberblick zu erhalten.

Zwei Empfehlungen beziehen sich auf die Bestandsaufnahmen, die notwendig sind, um die Wasservorkommen besser zu kennen und die heutigen und voraussehbaren Bedürfnisse zu erfassen. Zu diesem Zweck sollte man die aktuellen und potentiellen Süßwasservorkommen ermitteln, indem man hydrologische, meteorologische und hydrographische Angaben in Betracht zieht. Beispielsweise können die verfügbaren Vorkommen durch Stauhal-

tungen und künstliche Anreicherung der Grundwasservorkommen besser ausgenützt werden.

Diese Studien sollten periodisch wiederholt werden, um allfällige Aenderungen in der Wasserquantität und -qualität festzustellen. Die Resultate dieser Erhebungen sollten auch im Zusammenhang mit den Nachbarländern geprüft werden.

Durch eine weitere Gruppe von Empfehlungen möchte man den Ländern nahelegen, integrierte Planungs- und Bewirtschaftungsmassnahmen zu treffen, um die Erhaltung und die Nutzung aller Wasservorkommen zu sichern. Dieses Problem sollte auch im Zusammenhang mit der Landesplanung auf nationaler und regionaler Ebene geprüft werden.

Auf qualitativer Ebene wird empfohlen, ein Programm zur Einschätzung und Kontrolle der Wasserqualität einzuführen.

Schliesslich wurde auch empfohlen, dass die Regierungen eine wirksame Nutzung des Wassers in der Landwirtschaft und in der Industrie fördern. Es wurde ferner zur engeren Zusammenarbeit und zur besseren Vermittlung von Kenntnissen zwischen den Ländern ermuntert. Soviel über die nationalen Massnahmen, die von den Regierungen getroffen werden können.

Die internationale Mitarbeit wurde in Stockholm besonders eingehend diskutiert. Zwei wichtige Empfehlungen bezwecken die Solidarität der Regierungen bei der multinationalen Rechtsprechung. Zum ersten Punkt sei gesagt, dass die ursprüngliche Empfehlung die nationalen Souveränitäten stark tangierte; sie wurde in dem Sinne geändert, dass die Vorschläge der UNO als nicht zwingend formuliert wurden. Unter den elf Punkten, die diese Empfehlung enthält, können wir folgende hervorheben: die kollektive Verwaltung der Wasservorkommen aus ökonomischen Gründen, die Ausführung von gemeinsamen Programmen zur Sammlung von Angaben über die Bedürfnisse der Planung, der moralische Zwang, die anliegenden Staaten früh genug zu warnen, sofern eine neue Tätigkeit wichtige Auswirkungen auf ihre Umwelt haben kann.

Was die internationale Zusammenarbeit anbelangt, ist den UNO-Organisationen empfohlen worden, die Entwicklungsländer zur Schaffung von regionalen Ausbildungs-, Forschungs- und Informationszentren im Hinblick auf die Bewirtschaftung der Binnengewässer zu ermuntern.

Das internationale Interesse zur Aufstellung eines Weltüberwachungssystems der Hydrosphäre hat seinen Niederschlag in einer Empfehlung an den Generalsekretär der UNO gefunden, worin ein weltweiter Kataster der Flüsse und der Quantitäten von Schadstoffen, die ins Meer abgeleitet werden, in Vorschlag gebracht wird. Es sollte ferner ein Aktionsprogramm mit Schätzung der Kosten aufgestellt werden, die notwendig wären, um die heutigen und zukünftigen Auswirkungen der Bewirtschaftung der Wasserreserven auf die Meere abschätzen zu können.

Ergebnisse

a) Von besonderer Bedeutung war der Antrag an die UNO-Generalversammlung zur Gründung eines ständigen Sekretariates für Umweltschutz. Von ihm dürften unter Führung des Kanadiers M. Strong, der die UNO-Konferenz in Stockholm mit grösster Sachkenntnis vorbereitet und begleitet hat, wertvolle Impulse für den Umweltschutz in weltweiter Sicht zu erwarten sein.

Zahlreiche Nationen hatten sich um den Sitz des Sekretariates beworben. Unter anderem war sehr stark von Genf die Rede, da diese Stadt schon Sitz der Weltgesundheitsorganisation, der Internationalen Organisation für Meteorologie und der Europäischen UNO-Filiale ist.

b) Beschlossen wurde ferner, der UNO-Generalversammlung die Schaffung eines Verwaltungsrates für die Umweltschutzprogramme der UNO zu beantragen. Dieser sollte sich aus Vertretern von 54 Nationen nach ausgewogener Regionalverteilung zusammensetzen. An der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen (Herbst 1972) wurde jedoch beschlossen, diese Zahl auf 58 zu erhöhen. Eine Rotation von drei Jahren will für eine sukzessive Beteiligung aller UNO-Mitgliedstaaten sorgen.

c) Beantragt wurde ausserdem die Schaffung eines Koordinationsrates unter Leitung des Direktors des Sekretariates im Rahmen des CAC (Conseil administratif de coopération de l'ONU) mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den nicht in der UNO integrierten Organisationen — zum Beispiel Forschungs- und Berufsgruppen — auf dem Gebiete des Umweltschutzes voranzutreiben.

d) Die von der Konferenz gutgeheissenen Empfehlungen werden dem Aktionsplan für die Tätigkeit der unter a) bis c) erwähnten neuen UNO-Institutionen in der ersten Zeit zugrunde gelegt.

e) Die kommende UNO-Generalversammlung soll auch über die Schaffung eines Umweltschutzfonds befinden, der aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten gespeist wird. Zahlreiche Länder, vor allem natürlich Entwicklungsländer, haben ihre Mitwirkung zugesichert. Unseres Erachtens wird der Fonds mehr das Gewicht der Anregung und Förderung von Umweltschutzaktionen besitzen und nicht die Probleme selbst umfassend zu lösen vermögen. Nach wie vor wird das Verursacherprinzip gelten, das heisst, wer einen Umweltschaden verursacht, muss auch für die Kosten seiner Behebung — prophylaktisch und therapeutisch — aufkommen.

f) Eine zum Abschluss der Stockholmer Konferenz von den Delegierten gutgeheissene Deklaration enthält generelle Grundsätze für einen weltumspannenden Umweltschutz, wie sie bei der Vorbereitung und im Laufe der Konferenz herauskristallisiert wurden.

g) Die nächste UNO-Umweltschutzkonferenz ist für 1977 vorgesehen. Dies sowie ein jährlich am 5. Juni stattfindender Welt-Umweltschutztag unterstreichen symbolisch den Willen der Konferenzteilnehmer zur Förderung des Umweltschutzes.

h) Die Studien zur Schaffung eines allfälligen internationalen Forschungsinstitutes für Umweltschutz werden fortgesetzt.

Die Konferenz sieht die Schaffung von Basisstationen in 10 von jeder Verschmutzungsquelle entfernten Zonen vor. Von diesen Stationen aus soll die Entwicklung der Elemente in der Atmosphäre, die auf das Klima einwirken können, auf lange Sicht überwacht werden.

Ferner ist ein anderes, über 100 Beobachtungsstationen umfassendes Netz geplant, das auf regionaler Ebene die Ueberwachung dieser Elemente und insbesondere die Änderungen in der Verteilung und Konzentration der umweltverschmutzenden Stoffe gewährleisten soll; diese beiden Programme werden von der Weltorganisation für Meteorologie geleitet und koordiniert. Als Mitglied dieser Organisation und anderer internationaler Institutionen

wird sich die Schweiz aktiv an den von der Konferenz empfohlenen Arbeiten beteiligen. Sie hat die oft wiederholte Notwendigkeit einer engen regionalen Zusammenarbeit zwischen den Staaten hervorgehoben.

Auf Basis der Beschlüsse, die in Stockholm getroffen wurden, hat die Generalversammlung der UNO, die im Herbst 1972 stattgefunden hat, verschiedene Entscheidungen getroffen.

Wie schon erwähnt, ist die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrates über die Umweltschutzprogramme der UNO von 54 auf 58 Nationen erhöht worden, wobei die Schweiz zur Zeit nicht vertreten sein wird.

Der Sitz des ständigen Sekretariates für Umweltschutz wird Nairobi (Kenya) sein; man wird aber in Genf ein kleines Büro als Verbindungsglied für die UNO-Sitze von Genf und New York errichten.

Gesamtbewertung der Konferenz

Selbst wenn für den Umweltschutz so bedeutsame Fragen wie die Oekologie, die Belastbarkeit der Biosphäre und die Grenzen des Wirtschaftswachstums kaum die ihnen gebührende Beachtung fanden und die Konferenz nicht die zum Teil erhoffte Wende im Verhalten der Menschheit zur Umwelt gebracht hat — der Leiter der belgischen Delegation schloss zum Beispiel die Deklaration seines Landes mit der These, dass nach Stockholm auf dem Gebiete des Umweltschutzes alles anders sein werde —, so möchte doch der Verfasser von einem «ersten Schritt zum globalen Umweltschutz» sprechen, und zwar aus folgenden Gründen:

a) Es wurde die Aufmerksamkeit von Einzelpersonen, Organisationen und der Grosszahl der Länder der Erde auf die Dringlichkeit einer Lösung der Umweltschutzprobleme gelenkt, etwa vergleichbar mit der Ausstrahlung des Europäischen Naturschutzjahres 1970 auf Europa;

b) Es wurden Umweltschutzfragen in weltweiter Sicht herausgeschält, für die sich am ehesten die Möglichkeit einer internationalen Zusammenarbeit abzeichnet (zum Beispiel Förderung der Forschung, der wissenschaftlichen Beobachtung, der Sicherung von Naturschutzgebieten);

c) Das Zustandekommen einer Deklaration und von zahlreichen Empfehlungen bildet für den Umweltschutz einen Start oder einen Ansporn auf internationaler Ebene, auch wenn diesen Ergebnissen nicht das Gewicht völkerrechtlicher Normen zukommt;

d) Die Konferenz bedeutet eine Stärkung für alle jene Kräfte, die sich auf nationaler Ebene mit der Lösung der Umweltschutzprobleme befassen;

e) Soweit sich der Begriff «Umwelt» in Stockholm nicht auf spezifische Probleme der Entwicklungsländer erstreckte, deckte er sich weitgehend mit den in den Industrieländern geltenden Auffassungen, umfasste also ausser dem Immissionsschutz (Umwelthygiene) auch den Landschaftsschutz im weitesten Sinne und die Schonung der natürlichen Hilfsquellen;

f) Die Bedeutung des «Vorbeugens» und «Planens» wurde verschiedentlich betont.

Der Start im Rahmen der UNO ist vollzogen. Es liegt nun an uns, die Impulse der Stockholmer Konferenz auszuschoöpfen und den Umweltschutz rasch und wirksam in die Tat umzusetzen.

Adresse des Verfassers:
P. Dumuid, dipl. Ing. agr.
Eidg. Amt für Umweltschutz
Monbijoustrasse 8, 3003 Bern